

Kita-Finanzierung: Balzner fordern eine rasche Umsetzung

Bedarf Balzers leidet unter einem grossen Mangel an ausserhäuslichen Kinderbetreuungsplätzen, die Gemeinderäte fordern deshalb rasch eine neue Finanzierungsregelung.

Der Balzner Gemeinderat erachtet es als unbestritten, dass ausserhäusliche Betreuungsplätze für Kinder notwendig sind. «Die Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft werden den Bedarf künftig eher noch erhöhen», heisst es dazu im aktuellen Gemeinderatsprotokoll. Die Gemeindevertreter sehen den Staat und die Gemeinden in der Pflicht, ein entsprechendes Angebot angemessen mitzufinanzieren und auch mitzuhelfen, die notwendige Anzahl von Kinderbetreuungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Ebenso hätten aber auch die Wirtschaft und die Eltern ein grosses Interesse an Kinderbetreuungsplätzen und sollten deshalb für deren Finanzierung ebenso zwingend einbezogen werden. Die Balzner Gemeinderäte sind jedoch der Ansicht, dass es nicht zweckmässig ist, wenn jede einzelne Gemeinde jeweils Kindertagesstätten baut und finanziert. Die Nachfrage nach Plätzen verändere sich im Lauf der Zeit, wie beispielsweise auch Kindergartenplätze nicht immer gleich nachgefragt

wären. Zweckmässiger schein es deshalb, den Markt entscheiden zu lassen, wo die Kinderbetreuungsplätze angeboten und wie viele von Eltern und der Wirtschaft nachgefragt werden.

Nachfrage soll Angebot bestimmen

Für die Balzner Gemeinderäte ist das von der Regierung vorgeschlagene Modell zur Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuungsplätze eine sehr gute Lösung, «weil mit ihr die erwähnten Zielsetzungen erreicht und die Notwendigkeiten abgedeckt werden können», heisst es im aktuellen Gemeinderatsprotokoll. Die Umstellung auf eine Finanzierung der effektiv erbrachten Dienstleistung anstelle der Anzahl von Plätzen wird seitens der Gemeinde begrüsst. Die Grundsätze für die Finanzierung sollen, wie vorgeschlagen, im Gesetz festgehalten werden und die exakte Höhe soll die Regierung mittels Verordnung bestimmen. Diese flexible Ausgestaltung scheint sinnvoll und notwendig, da sich Kosten, Angebot

und Nachfrage von Plätzen verändern könnten. Durch die Deckelung der Gemeindebeiträge und die Regelung, dass das Land gleichermassen mitfinanzieren muss, erachten die Balzner das Abwälzen von Kosten auf die Gemeinden als eher unbegründet.

Dadurch, dass das Land und alle Gemeinden in Abhängigkeit von ihrer Einwohnerzahl die Plätze landesweit gleichermassen mitfinanzieren würden, entstünden insgesamt mehrere positive Aspekte, so die Gemeindevertreter: Die Eltern hätten die Wahlfreiheit und könnten ihre Kinder statt in ihrer Wohngemeinde beispielsweise auch am Arbeitsort betreuen lassen. Die unterschiedlichen Anbieter von Kinderbetreuungsplätzen würden einem gewissen Wettbewerb ausgesetzt, der zur Qualitätssicherung beitragen könnte. Und letztlich entscheide so der Markt beziehungsweise die Kita-Betreiber, wo sie ihre Betreuungsplätze einrichten und anbieten würden – je nach Nachfrage und Wirtschaftlichkeit eben. (sb)